

GRÜNE Kanton Solothurn
Niklaus Konradstr. 18
4500 Solothurn
sekretariat@gruene-so.ch



Olten, 17. Februar 2026

Staatskanzlei
Legistik und Justiz
Ratshaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn

Begleitende Ausführungen zur Teilrevision Informations- und Datenschutzgesetz (InfoDG) und weitere Gesetze

Sehr geehrte Frau Landammann Sandra Kolly, Sehr geehrter Herr Staatsschreiber Yves Derendinger, Sehr geehrte Damen und Herren,

Gerne nutzen die GRÜNEN die Gelegenheit, sich zu den Fragestellungen, bei denen sie nur teilweise mit dem Gesetzesentwurf einverstanden sind, im Detail zu äusseren.

Zu Frage 2. Sind Sie mit der vorgeschlagenen Regelung zu den Pilotversuchen (§16^{quarter} InfoDG) einverstanden?

Wir stehen insbesondere der Einführung neuer Technologien im Umgang mit besonders schützenswerten Personendaten kritisch gegenüber. Wir befürchten, dass über die Pilotversuche hier bereits Tatsachen geschaffen werden, die nach der Auswertung nur sehr schwer rückgängig gemacht werden können. Wir denken hier insbesondere über den Einsatz von KI nach aber auch über die Bearbeitung gewisser Daten in der Cloud. Wir vertreten die Meinung, dass nicht alles was technisch machbar ist auch gemacht werden sollte und dass dies zuallererst eine politische Frage ist. Daher wäre für uns eine Bedingung für die Zulassung solcher Pilotversuche, dass vorgängig eine politische Debatte im Kantonsrat über die Chancen und Risiken geführt wird und eine politische Entscheidung getroffen wird, ob ein Pilot umgesetzt werden soll. Die Einbindung der Datenschutzbeauftragten ist aus unserer Sicht nicht ausreichend um solche Pilotversuche zu ermöglichen.

Zu Frage 3: Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Stärkung der Unabhängigkeit der bzw. des IDSB, insbesondere durch die abschliessende Aufzählung der Gründe für eine Amtsenthebung, einverstanden (§31 InfoDG und §10 Abs. 1 Bst. j Kantonsratsgesetz)?

Wir begrüssen die Stärkung der Unabhängigkeit beim Wahlvorschlag und auf die abschliessende Aufzählung der Gründe für eine Amtsenthebung. Wir sind allerdings kritisch bezüglich der neuen Verantwortlichkeiten. Die Auswahl durch die Ratsleitung scheint uns auf Kantonsebene wenig miliztauglich. Zudem bildet die Ratsleitung in ihrer Zusammensetzung per Definition nicht die politischen Mehrheitsverhältnisse im Rat ab.

Wir sind der Meinung, dass das Auswahlverfahren von einer parlamentarischen Kommission die die aktuellen Mehrheitsverhältnisse abbildet begleitet werden soll und zusätzlich auch Fachexperten

eingebunden werden müssen, die in der Lage sind die fachliche Eignung einer Person für den Posten zu beurteilen.

Mit freundlichen Grüssen

GRÜNE Kanton Solothurn

Laura Gantenbein, Präsidentin GRÜNE Kanton Solothurn



Für Rückfragen:

Anna Engeler, Kantonsrätin, 078 864 03 43